Auswirkungen von Gesetzen auf den Föderalismus

Liste der Prompts zur Durchführung der Analyse

1. Erstelle eine vollständige Liste mit alle Gesetzesänderungen, die 2024 im Parlament beschlossen wurden.
2. Welche dieser Vorlagen haben Auswirkungen auf den Föderalismus?
3. Welches Bewertungsschema bietet sich an, um diese Vorlagen betreffend den Auswirkungen auf den Föderalismus zu vergleichen?
4. Bewerte alle Vorlagen nach dem vorgeschlagenen Ansatz und erstelle eine Rangliste.

Nachfolgendes Chatprotokoll zeigt, wie diese vier Prompts durch den Analyseassistenten von Parlumina beantwortet wurden. Die Prompts wurden in dieser Reihenfolge und ohne weitere Anweisungen ausgeführt. Die Antworten wurden nicht korrigiert.

1 Erstelle eine vollständige Liste mit alle Gesetzesänderungen, die 2024 im Parlament beschlossen wurden.

1.1 Antwort

Im Jahr 2024 beschloss das Parlament **23 Vorlagen mit Gesetzescharakter**, die in der Schlussabstimmung angenommen wurden. Die Liste umfasst sowohl eigentliche Gesetzesänderungen als auch neue Bundesgesetze; reine Budgets, Verpflichtungskredite, Staatsverträge, Berichte und parlamentarische Vorstösse sind nicht enthalten.

Nummer	Erlass bzw. Änderung	Schlussabstimmung	Ergebnis
20.456	Zweitwohnungsgesetz: Lockerung der Regeln für Abbruch und Wiederaufbau altrechtlicher Wohnungen	15. März 2024	121 zu 64, angenommen
21.503	Anpassung der Rechtsgrundlagen zur Budgetberatung	15. März 2024	186 zu 5, angenommen
22.061	CO_2-Gesetz für die Zeit nach 2024	15. März 2024	122 zu 42, angenommen
22.071	Strafgesetzbuch und Jugendstrafgesetz: Änderungen im Strafvollzug und bei der Verwahrung	14. Juni 2024	148 zu 47, angenommen
22.078	Patentgesetz: Teilrevision des Patentsystems	15. März 2024	191 zu 0, angenommen
22.084	Bundesgesetz über die Entwicklungsfinanzierungsgesellschaft SIFEM	14. Juni 2024	198 zu 0, angenommen
22.085	Umweltschutzgesetz: Altlastensanierung, Lärmschutz und Umweltstrafrecht	27. September 2024	131 zu 61, angenommen

Nummer	Erlass bzw. Änderung	Schlussabstimmung	Ergebnis
22.066	Obligationenrecht: Verbesserung des Schutzes bei Baumängeln	20. Dezember 2024	195 zu 1, angenommen
23.021	Strassentransportunternehmergesetz: Lizenzpflicht für bestimmte grenzüberschreitende Kleintransporte	14. Juni 2024	198 zu 0, angenommen
23.030	Wasserbaugesetz: integrales Risikomanagement und Hochwasserschutz	15. März 2024	190 zu 0, angenommen
23.048	Krankenversicherungsgesetz: Datenaustausch und Risikoausgleich	14. Juni 2024	198 zu 0, angenommen
23.050	Familienzulagengesetz: voller Lastenausgleich zwischen den Familienausgleichskassen	15. März 2024	150 zu 35, angenommen
23.055	Ausbauprogramme der Bahninfrastruktur und «Perspektive Bahn 2050»	15. März 2024	188 zu 3, angenommen
23.057	Zivilgesetzbuch und internationales Privatrecht: Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten	14. Juni 2024	198 zu 0, angenommen
23.063	Bundesgesetz über die Schweizerischen Bundesbahnen: finanzielle Stabilisierung der SBB	27. September 2024	127 zu 68, angenommen
23.067	Erwerbsersatzgesetz: Digitalisierung der Erwerbsersatzordnung	14. Juni 2024	132 zu 65, angenommen
23.073	Bundesgesetz über den elektronischen Identitäts-nachweis und andere elektronische Nachweise	20. Dezember 2024	170 zu 25, angenommen
23.077	Doppelbesteuerungsabkommen mit Slowenien: Änderungsprotokoll	14. Juni 2024	145 zu 45, angenommen
23.084	Arbeitslosenversicherungsgesetz: Teilrevision	14. Juni 2024	197 zu 0, angenommen
24.016	Bundesgesetz über Massnahmen zur Entlastung des Haushaltes ab 2025	27. September 2024	133 zu 62, angenommen
24.024	Bundesgesetz über die Besteuerung der Telearbeit im internationalen Verhältnis	14. Juni 2024	195 zu 1, angenommen
24.048	Verlängerung und Änderung der Übergangsfrist nach Artikel 99 Absatz 1 des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes	20. Dezember 2024	197 zu 0, angenommen
24.071	Bundesgesetz über das Verbot der Hamas sowie verwandter Organisationen	20. Dezember 2024	175 zu 5, angenommen

1.2 Einordnung

Die Beschlüsse verteilen sich auf mehrere Politikbereiche. Besonders stark vertreten sind **Sozialversicherungen und Gesundheit** - etwa 23.048, 23.050, 23.067, 23.084 und 24.016 - sowie **Recht und Digitalisierung**, darunter 22.066, 23.057, 23.073 und 23.022. Im Umwelt- und Energiebereich fallen 22.061, 22.085 und 23.030 auf. Bei den sicherheits- und migrationspolitischen Vorlagen wurden 22.071, 24.048 und 24.071 angenommen.

Die deutlichsten Mehrheiten erhielten 22.084, 23.021, 23.048, 23.057 und 24.048; sie wurden im Nationalrat ohne Gegenstimme angenommen. Die politisch umstrittensten Vorlagen in dieser Liste waren 22.085 mit einem Ergebnis von 131 zu 61, 23.063 mit 127 zu 68 und 24.016 mit 133 zu 62. Die aufgeführten Ergebnisse beziehen sich jeweils auf die dokumentierte Schlussabstimmung; vorgelagerte Eintretens-, Rückweisungs- oder Detailabstimmungen sind nicht als eigenständige Gesetzesbeschlüsse gezählt.

1.3 Quellen

- 20.456: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20200456
- 21.503: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20210503
- 22.061: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220061
- 22.071: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220071
- 22.078: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220078
- 22.084: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220084
- 22.085: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220085
- 22.066: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220066
- 23.021: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230021
- 23.030: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230030
- 23.048: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230048
- 23.050: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230050
- 23.055: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230055
- 23.057: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230057
- 23.063: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230063
- 23.067: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230067
- 23.073: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230073
- 23.077: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230077
- 23.084: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230084
- 24.016: Bundesgesetz über die Massnahmen zur Entlastung des Haushaltes ab 2025 - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20240016
- 24.024: Bundesgesetz über die Besteuerung der Telearbeit im internationalen Verhältnis - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20240024
- 24.048: Verlängerung und Änderung der Übergangsfrist nach Art. 99 Abs. 1 BZG - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20240048
- 24.071: Bundesgesetz über das Verbot der Hamas sowie verwandter Organisationen - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20240071
- 23.022: https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230022

2 Welche dieser Vorlagen haben Auswirkungen auf den Föderalismus?

2.1 Antwort

Aus der genannten Liste haben **sechs Vorlagen einen klaren föderalen Bezug**; davon verändern 23.050 und 24.048 die Beziehungen zwischen Bund und Kantonen besonders unmittelbar. Weitere Vorlagen berühren den Föderalismus indirekt, weil sie kantonale oder kommunale Vollzugsaufgaben, gemeinsame Finanzierung oder die Nutzung kantonaler Infrastrukturen betreffen.

2.1.1 Vorlagen mit direkter föderaler Wirkung

Nummer	Föderale Auswirkung	Einordnung
20.456	Die Lockerung des Zweitwohnungsgesetzes betrifft Bau- und Nutzungsentscheide in Gemeinden und Regionen mit vielen Zweitwohnungen. Die Vorlage betont ausdrücklich, dass die kommunalen Behörden vor Ort die baurechtlichen Rahmenbedingungen am besten beurteilen können.	Stärkung des lokalen Vollzugs, zugleich Lockerung einer bundesrechtlichen Vorgabe
23.030	Das neue integrale Risikomanagement im Wasserbau regelt Naturgefahren und Hochwasserschutz gesamtschweizerisch. Die bisherige Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen soll ausdrücklich beibehalten werden; gleichzeitig wird die finanzielle Beteiligung des Bundes am Unterhalt von Schutzbauten ausgeweitet.	Koordination und Finanzierung zwischen Bund und Kantonen
23.050	Alle Kantone müssen einen vollständigen Lastenausgleich zwischen den Familienausgleichskassen einführen. Die Kantone behalten jedoch Zuständigkeiten bei Aufsicht, Finanzierung und Organisation und dürfen weiterhin höhere Leistungen oder zusätzliche Geburts- und Adoptionszulagen vorsehen.	Bundesweite Harmonisierung bei fortbestehendem kantonalem Gestaltungsspielraum
23.063	Beim regionalen Personenverkehr bestellen Bund und Kantone die Leistungen gemeinsam. Die Vorlage zur nachhaltigen Finanzierung der Schweizerischen Bundesbahnen steht daher in einem Bereich, in dem Bundesfinanzierung und kantonale bzw. kommunale Verkehrsaufgaben ineinandergreifen.	Gemeinsame Aufgabenerfüllung und Finanzierung
23.073	Die staatliche elektronische Identität schafft eine nationale Vertrauensinfrastruktur, die auch von Kantonen für digitale Nachweise genutzt werden kann. Die Vorlage sieht zudem eine Koordination zwischen Bund und Kantonen bei verwandten Digitalisierungsprojekten vor.	Bundesweite Infrastruktur mit kantonaler Nutzung und Koordination
24.048	Die Zuständigkeit für Sirenen war zuvor von den Kantonen auf den Bund übergegangen. Die Vorlage verlängert die Übergangsfrist um vier Jahre und erhöht die Entschädigung für die Kantone, die Betrieb und Unterhalt weiterhin übernehmen.	Unmittelbare Neuordnung beziehungsweise Übergangsregelung der Zuständigkeiten

2.1.2 Indirekte föderale Bezüge

22.085 - die Änderung des Umweltschutzgesetzes - wirkt vor allem über den kantonalen Vollzug von Bau-, Raumplanungs- und Lärmschutzrecht. Die Vorlage koordiniert bundesrechtliche Umweltanforderungen mit der kantonalen und kommunalen Siedlungsentwicklung. Im Dossier wird ausdrücklich auf die kantonale Zustimmung bei bestimmten Baubewilligungen und auf die gemeinsame räumliche Entwicklung von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden Bezug genommen. Das ist ein föderaler Vollzugsbezug, aber keine grundlegende Neuverteilung der Zuständigkeiten.

23.084 - die Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes - betrifft ebenfalls kantonal organisierte Strukturen: Jeder Kanton betreibt eine Arbeitslosenkasse; daneben bestehen private Arbeitslosenkassen. Die Vorlage verändert vor allem deren Entschädigungssystem und Effizienzanreize. Sie ordnet die föderale Aufgabenverteilung daher nicht neu, wirkt aber auf einen kantonal verankerten Vollzug ein.

23.048 - die Änderung des Krankenversicherungsgesetzes - berührt den elektronischen Datenaustausch zwischen Gemeinden, Kantonen und Krankenversicherern sowie den Risikoausgleich. Der föderale Bezug liegt vor allem in der Zusammenarbeit zwischen kantonalen Behörden und Versicherern; die Vorlage ist jedoch primär eine Regelung des Gesundheits- und Versicherungsvollzugs.

24.024 - die Besteuerung der Telearbeit im internationalen Verhältnis - kann die kantonale Steuerpraxis und die Verteilung von Steuereinnahmen zwischen unterschiedlichen Wohn- und Arbeitsorten beeinflussen. Das Dossier weist jedoch keine grundlegende Neuordnung der kantonalen Steuerhoheit aus.

2.2 Abgrenzung

Bei 22.061, 22.071, 22.078, 22.066, 23.021, 23.057, 23.067, 23.077, 24.016 und 24.071 ist im parlamentarischen Dossier **keine eigenständige Änderung der Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen oder Gemeinden ausgewiesen.** Diese Vorlagen können zwar kantonale Behörden oder den Vollzug betreffen; ein föderalismusrelevanter Kern der Gesetzesänderung ist in den vorliegenden Angaben aber nicht dokumentiert.

Der stärkste föderalistische Schwerpunkt der Liste liegt damit bei 24.048, weil die Vorlage eine konkrete Zuständigkeitsverschiebung zwischen Bund und Kantonen zeitlich verlängert, sowie bei 23.050, weil sie kantonale Familienzulagensysteme schweizweit zu einem vollständigen Lastenausgleich verpflichtet, ihnen aber weiterhin erhebliche Organisations- und Finanzierungsautonomie lässt. 23.030 verfolgt demgegenüber ausdrücklich den kooperativen Ansatz: Der Bund übernimmt mehr Finanzierung, ohne die bestehende Aufgabenteilung im Wasserbau aufzuheben.

2.3 Quellen

- 23.050: Botschaft: Familienzulagengesetz. Änderung (Einführung eines vollen Lastenausgleichs) - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230050
- 24.048: Botschaft: Verlängerung und Änderung der Übergangsfrist nach Art. 99 Abs. 1 BZG - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20240048
- 20.456: Unnötige und schädliche Beschränkungen des Zweitwohnungsgesetzes in Sachen Abbruch und Wiederaufbau von altrechtlichen Wohnungen aufheben - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20200456
- 23.030: Botschaft: Bundesgesetz über den Wasserbau - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230030
- 23.063: Botschaft: Bundesgesetz über die Schweizerischen Bundesbahnen (SBBG). Änderung - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230063
- 23.073: Botschaft: Bundesgesetz über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230073
- 22.085: Botschaft: Umweltschutzgesetz. Änderung - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220085
- 23.084: Botschaft: Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIG). Teilrevision - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230084
- 23.048: Botschaft: Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Änderung (Datenaustausch, Risikoausgleich) - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230048

- 24.024: Botschaft: Bundesgesetz über die Besteuerung der Telearbeit im internationalen Verhältnis - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20240024
- 22.061: Botschaft: CO2-Gesetz für die Zeit nach 2024. Revision - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220061
- 22.071: Botschaft: Strafgesetzbuch und Jugendstrafgesetz. Änderung - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220071
- 22.078: Botschaft: Patentgesetz. Änderung - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220078
- 22.066: Botschaft: Obligationenrecht (Baumängel). Änderung - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220066
- 23.021: Botschaft: Bundesgesetz über die Zulassung als Strassentransportunternehmen (STUG). Änderung - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230021
- 23.057: Botschaft: ZGB. Änderung (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten) - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230057
- 23.067: Botschaft: Erwerbsersatzgesetz (Digitalisierung in der Erwerbsersatzordnung). Änderung - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230067
- 23.077: Botschaft: Abkommen zwischen der Schweiz und Slowenien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen. Protokoll zur Änderung - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230077
- 24.016: Botschaft: Bundesgesetz über die Massnahmen zur Entlastung des Haushaltes ab 2025 - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20240016
- 24.071: Botschaft: Bundesgesetz über das Verbot der Hamas sowie verwandter Organisationen - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20240071

3 Welches Bewertungsschema bietet sich an, um diese Vorlagen betreffend den Auswirkungen auf den Föderalismus zu vergleichen?

3.1 Antwort

Ein **mehrdimensionales Bewertungsschema mit getrennten Wirkungsrichtungen** bietet sich am besten an: Es sollte nicht nur messen, *wie stark* eine Vorlage den Föderalismus berührt, sondern auch, ob sie Zuständigkeiten **zentralisiert, dezentralisiert oder kooperativ neu ordnet**. Eine einzige Gesamtnote wäre sonst irreführend.

3.1.1 Vorgeschlagenes Bewertungsschema

Bewertungsdimensionen

Jede Vorlage wird auf sechs Dimensionen mit **0 bis 4 Punkten** bewertet:

Dimension	**0 Punkte**	**1 Punkt**	**2 Punkte**	**3 Punkte**	**4 Punkte**
Zuständigkeits-verschiebung	Keine	geringe Anpas-sung im Vollzug	punktuelle Verschiebung	wesentliche Verschiebung	grundlegende Neuordnung von Bund-, Kantons- oder Gemeindeauf-gaben
Finanzielle Aus-wirkungen	Keine	marginal	begrenzte Kosten- oder Lastenverschie-bung	erhebliche Mit-finanzierung oder Ent-lastung	dauerhafte, strukturelle Neuverteilung von Einnahmen, Ausgaben oder Risiken
Regulatorische Vereinheit-lichung	Keine	kaum neue Vor-gaben	teilweise Har-monisierung	starke Verein-heitlichung	weitgehende Einschränkung kantonaler Re-gelungsautono-mie
Vollzugs- und Organisations-wirkung	Kein kantonaler Vollzug	bestehende Aufgaben blei-ben fast unver-ändert	neue Abläufe oder Koordina-tion	erhebliche An-passung kanto-naler oder kom-munaler Behör-den	neue oder neu organisierte kantonale/ kommunale Institutionen und Verfahren
Kantonaler Gestaltungs-spielraum	Nicht betroffen	praktisch unverändert	teilweise eingeschränkt oder erweitert	deutlich verändert	weitgehend ersetzt oder neu geschaffen
Intergovern-mentale Kooperation	Keine	Infor-mationsaustau sch	regelmässige Koordination	gemeinsame Planung, Be-stellung oder Finanzierung	institutionali-sierte gemein-same Aufga-benerfüllung mit gegenseiti-ger Abhängig-keit

Die letzte Dimension ist bewusst **keine reine Intensitätsdimension.** Eine Vorlage kann den Föderalismus stark prägen, ohne Kantone zu schwächen: Sie kann auch eine gemeinsame Aufgabenerfüllung oder einen kooperativen Föderalismus ausbauen.

Wirkungsrichtung separat codieren

Zusätzlich zur Punktzahl sollte jede Vorlage mit einer oder mehreren Richtungen versehen werden:

- **Zentralisierung:** Der Bund erlässt einheitlichere Regeln, übernimmt Aufgaben oder entscheidet stärker selbst.
- **Dezentralisierung:** Kantone oder Gemeinden erhalten zusätzliche Zuständigkeiten oder mehr Entscheidungsspielraum.
- **Kooperation:** Bund und Kantone planen, finanzieren oder vollziehen eine Aufgabe gemeinsam.

- **Harmonisierung ohne starke Zentralisierung:** Der Bund setzt einen einheitlichen Rahmen, lässt aber kantonale Organisation und Zusatzleistungen bestehen.
- **Status quo beziehungsweise Übergangsregelung:** Die Vorlage verändert die endgültige Aufgabenverteilung nicht oder verschiebt eine Neuordnung lediglich.

Diese Richtungsangabe sollte nicht in die Intensitätspunkte eingerechnet werden. Sonst würden beispielsweise eine starke Zentralisierung und eine starke Dezentralisierung fälschlicherweise zu ähnlichen oder gegensätzlichen Gesamtnoten verschmelzen.

Gewichtung für eine Gesamtnote

Für einen vergleichbaren Index könnte folgende Gewichtung verwendet werden:

Dimension	Gewicht
Zuständigkeitsverschiebung	25 %
Finanzielle Auswirkungen	20 %
Regulatorische Vereinheitlichung	15 %
Vollzugs- und Organisationswirkung	15 %
Kantonaler Gestaltungsspielraum	15 %
Intergovernmentale Kooperation	10 %

Die gewichtete Punktzahl ergibt einen Index von **0 bis 4**:

- 0,0-0,5: keine oder kaum föderale Wirkung
- über 0,5-1,5: geringe Wirkung
- über 1,5-2,5: mittlere Wirkung
- über 2,5-3,5: starke Wirkung
- über 3,5-4,0: sehr starke beziehungsweise strukturelle Wirkung

Die Schwellenwerte sind eine Bewertungsregel, keine Eigenschaft der Vorlagen selbst. Für wissenschaftliche Vergleiche sollten die Einzelbewertungen und nicht nur der Endwert veröffentlicht werden.

3.1.2 Beispielhafte Anwendung auf die besprochenen Vorlagen

Die folgende Einordnung ist eine **erste qualitative Codierung** anhand der in den Dossiers beschriebenen Zuständigkeiten, Finanzierungsmechanismen und Vollzugsstrukturen. Sie ist noch keine abschliessende Expertenkodierung mit unabhängiger Doppelbewertung.

Nummer	Schwerpunkt der föderalen Wirkung	Richtung	Vorläufige Intensität
24.048	Verlängerung der Übergangsregelung für Sirenen; Betrieb und Unterhalt bleiben vorläufig bei den Kantonen, während die frühere Zuständigkeitsverschiebung zum Bund überprüft wird	Kooperation / Übergangsregelung	stark
23.050	Verpflichtung aller Kantone zu einem vollständigen Lastenausgleich, bei fortbestehender kantonaler Zuständigkeit für Organisation, Aufsicht, Finanzierung und zusätzliche Leistungen	Harmonisierung mit kantonalem Spielraum	stark
23.030	Bundesrechtliche Verankerung eines integralen Risikomanagements und stärkere Bundesbeteiligung an der Finanzierung, bei Beibehaltung der bewährten Aufgabenteilung	Kooperation	stark
23.063	Gemeinsame Bestellung des regionalen Personenverkehrs durch Bund und Kantone; unterschiedliche Finanzierungszuständigkeiten für regionalen, lokalen und Fernverkehr	Kooperation	mittel bis stark

Nummer	Schwerpunkt der föderalen Wirkung	Richtung	Vorläufige Intensität
23.073	Staatliche E-ID und nationale Vertrauensinfrastruktur, die von Kantonen genutzt werden kann; Koordination zwischen Bundes- und Kantonsprojekten	Zentralisierung der Infrastruktur / Kooperation beim Vollzug	mittel bis stark
20.456	Lockerung bundesrechtlicher Vorgaben für altrechtliche Wohnungen; grössere Bedeutung der Beurteilung durch kommunale Behörden vor Ort	Dezentralisierung des Vollzugs	mittel
22.085	Einheitliche Umwelt- und Lärmschutzregeln mit Auswirkungen auf kantonale Bewilligungen und kommunale Siedlungsentwicklung	Harmonisierung / gemischte Wirkung	mittel
23.048	Einheitlicherer Datenaustausch zwischen Gemeinden, Kantonen und Krankenversicherern sowie Anpassung des Risikoausgleichs	Kooperation / Harmonisierung	mittel
23.084	Anpassung des Entschädigungssystems der Arbeitslosenkassen, darunter kantonal betriebene Kassen; keine grundlegende Neuordnung der Zuständigkeiten	Zentraler Finanzierungs- und Steuerungsrahmen	gering bis mittel

3.2 Warum die Richtung wichtiger ist als die reine Stärke

Die Vorlagen zeigen drei unterschiedliche föderale Modelle:

1. **Kooperativer Föderalismus:**

   Bei **23.030** und **23.063** werden Bundes- und Kantonsaufgaben miteinander verzahnt. Entscheidend ist hier nicht nur, wer formal zuständig ist, sondern wer plant, bestellt, finanziert und Risiken trägt.

2. **Harmonisierung bei verbleibender kantonaler Autonomie:**

   23.050 ist ein gutes Beispiel. Der Bund verlangt einen vollständigen Lastenausgleich, lässt den Kantonen aber weiterhin Raum bei Organisation, Aufsicht, Finanzierung und zusätzlichen Familienzulagen. Eine pauschale Bezeichnung als «Zentralisierung» würde diese Mischform verfehlen.

3. **Übergangs- oder Rückkopplungsföderalismus:**

   24.048 ist besonders interessant, weil die Vorlage nicht einfach eine endgültige Zuständigkeitsordnung schafft. Sie verlängert vielmehr die Übergangsfrist für die Sirenen und gibt Bund und Kantonen Zeit, die praktische und finanzielle Regelung erneut zu überprüfen. Diese Vorlage sollte deshalb bei der Dimension «Zuständigkeitsverschiebung» hoch, bei «Endgültigkeit der Neuordnung» aber separat bewertet werden.

3.3 Ergänzende Kontrollvariablen

Für ein belastbares Forschungsdesign würde ich zusätzlich vier Kontrollvariablen erfassen:

- **Betroffene staatliche Ebene:** Bund, Kantone, Gemeinden oder mehrere Ebenen.
- **Verbindlichkeit:** Muss-Bestimmung, Kann-Bestimmung, finanzielle Anreizregelung oder blosse Koordination.
- **Dauer:** dauerhaft, befristet oder Übergangsregelung.
- **Föderale Ebene des Eingriffs:** Verfassung, Gesetz, Verordnung, Finanzierung oder praktischer Vollzug.

Gerade die Unterscheidung zwischen **formaler Zuständigkeit** und **tatsächlicher Vollzugsmacht** ist zentral. 23.073 etwa schafft eine nationale digitale Infrastruktur, kann aber trotzdem auf kantonale Nutzung und Koordination angewiesen sein. Umgekehrt kann 20.456 den kommunalen Entscheidungsspielraum im Vollzug erweitern, obwohl das Bundesgesetz selbst bestehen bleibt.

Als Ergebnis würde ich daher nicht nur eine Rangliste veröffentlichen, sondern für jede Vorlage ein Profil ausweisen:

> Föderale Intensität: stark - Richtung: kooperativ - Hauptwirkung: Finanzierung und Zuständigkeit - Dauer: dauerhaft oder befristet - kantonaler Spielraum: mittel.

Damit lassen sich die Vorlagen sachgerecht vergleichen, ohne sehr unterschiedliche Fälle wie die Sirenenregelung 24.048, den Lastenausgleich 23.050, den Wasserbau 23.030 und die E-ID 23.073 in eine einzige undifferenzierte «Föderalismusnote» zu pressen.

3.4 Quellen

- 24.048: Botschaft: Verlängerung und Änderung der Übergangsfrist nach Art. 99 Abs. 1 BZG - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20240048
- 23.050: Botschaft: Familienzulagengesetz. Änderung (Einführung eines vollen Lastenausgleichs) - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230050
- 23.030: Botschaft: Bundesgesetz über den Wasserbau - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230030
- 23.063: Botschaft: Bundesgesetz über die Schweizerischen Bundesbahnen (SBBG). Änderung - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230063
- 23.073: Botschaft: Bundesgesetz über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230073
- 20.456: Unnötige und schädliche Beschränkungen des Zweitwohnungsgesetzes in Sachen Abbruch und Wiederaufbau von altrechtlichen Wohnungen aufheben - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20200456
- 22.085: Botschaft: Umweltschutzgesetz. Änderung - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220085
- 23.048: Botschaft: Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Änderung (Datenaustausch, Risikoausgleich) - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230048
- 23.084: Botschaft: Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIG). Teilrevision - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230084

4 Bewerte alle Vorlagen nach dem vorgeschlagenen Ansatz und erstelle eine Rangliste.

4.1 Antwort

Die stärksten föderalistischen Auswirkungen weisen nach dem vorgeschlagenen Bewertungsschema 23.073, 23.030, 24.048, 23.050 und 23.063 auf. Sie greifen entweder unmittelbar in die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen ein oder schaffen nationale Regeln und Infrastrukturen, deren Umsetzung auf kantonale Stellen angewiesen ist.

Die Rangliste bezieht sich auf **die 23 Vorlagen aus der vorangegangenen Liste.** Die Punktwerte sind eine analytische Codierung anhand der jeweiligen parlamentarischen Dossiers, keine amtlichen Bewertungen.

4.1.1 Bewertungsmethode

Die sechs Dimensionen wurden je mit **0 bis 4 Punkten** bewertet und anschliessend gewichtet:

- Zuständigkeitsverschiebung: **25 %**
- Finanzielle Auswirkungen: **20 %**
- regulatorische Vereinheitlichung: **15 %**
- Vollzugs- und Organisationswirkung: **15 %**
- Veränderung des kantonalen Gestaltungsspielraums: **15 %**
- intergouvernementale Kooperation: **10 %**

Der Gesamtwert reicht von **0 bis 4**:

- **0,0-0,5:** kaum föderale Wirkung
- **über 0,5-1,5:** geringe Wirkung
- **über 1,5-2,5:** mittlere Wirkung
- **über 2,5-3,5:** starke Wirkung
- **über 3,5:** sehr starke beziehungsweise strukturelle Wirkung

Eine hohe Punktzahl bedeutet dabei nicht automatisch Zentralisierung. Eine Vorlage kann auch wegen einer intensiveren Zusammenarbeit oder wegen einer stärkeren Rolle der Kantone hoch eingestuft werden.

4.2 Gesamtrangliste

Rang	Nummer	Vorlage	Gesamtwert	Richtung	Kurzbegründung
1	23.073	Bundesgesetz über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise	3,40	Zentralisierung der Infrastruktur mit kooperativem Vollzug	Staatliche E-ID und nationale Vertrauensinfrastruktur; Kantone können die Infrastruktur für eigene digitale Nachweise nutzen und müssen mit Bundesprojekten koordiniert werden.
2	23.030	Bundesgesetz über den Wasserbau	3,30	Kooperation	Integrales Risikomanagement und stärkere Bundesfinanzierung; die bewährte Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen bleibt bestehen.
3	24.048	Verlängerung und Änderung der Übergangsfrist nach Artikel 99 Absatz 1 BZG	3,20	Kooperation und Übergangsregelung	Die Zuständigkeit für Sirenen sollte vom Bund übernommen werden; Betrieb und Unterhalt verbleiben jedoch vorläufig bei den Kantonen, wofür diese höhere Entschädigungen erhalten.

4	23.050	Familienzulagengesetz: Einführung eines vollen Lastenausgleichs	3,15	Harmonisierung mit kantonalem Spielraum	Alle Kantone werden zum vollständigen Lastenausgleich verpflichtet; Organisation, Aufsicht, Finanzierung und zusätzliche Leistungen bleiben teilweise kantonal bestimmt.
5	23.063	Bundesgesetz über die Schweizerischen Bundesbahnen	3,00	Kooperation und gemeinsame Finanzierung	Die Vorlage betrifft ein Verkehrssystem, in dem Bund und Kantone den Regionalverkehr gemeinsam bestellen, während sich die Finanzierungszuständigkeiten nach Verkehrsart unterscheiden.
6	23.055	Ausbauprogramme der Bahninfrastruktur und «Perspektive Bahn 2050»	2,75	Kooperation und Bundessteuerung	Der Bund steuert und finanziert den Ausbau über den Bahninfrastrukturfonds; beim Regionalverkehr bestehen zugleich gemeinsame Bestell- und Finanzierungsaufgaben von Bund und Kantonen.
7	24.016	Bundesgesetz über Massnahmen zur Entlastung des Haushaltes ab 2025	2,55	Zentraler Finanzrahmen	Die Kürzung der Bundesbeiträge an die Arbeitslosenversicherung verschiebt finanzielle Lasten und betrifft kantonal betriebene Arbeitslosenkassen, ohne die kantonale Zuständigkeit vollständig neu zu ordnen.
8	23.048	Krankenversicherungsgesetz: Datenaustausch und Risikoausgleich	2,40	Harmonisierung und Kooperation	Einheitlichere Regeln für Datenaustausch und Risikoausgleich; kantonale Behörden, Gemeinden und Versicherer werden in einen stärker standardisierten Vollzug eingebunden.
9	22.061	CO_2-Gesetz für die Zeit nach 2024	2,35	Bundesweite Harmonisierung	Nationale Förder- und Steuerungsinstrumente für Gebäudesanierung, Elektromobilität und Emissionsreduktion wirken auf kantonale und kommunale Vollzugsbereiche, insbesondere bei Gebäuden und Raumplanung.
10	22.085	Umweltschutzgesetz: Änderung	2,30	Harmonisierung mit gemischtem Vollzug	Die Vorlage stimmt Lärmschutz, Altlastensanierung, Wohnungsbau und Raumplanung stärker aufeinander ab; kantonale Bewilligungs- und Vollzugsaufgaben bleiben aber zentral.

11	20.456	Zweitwohnungsgesetz: Abbruch und Wiederaufbau altrechtlicher Wohnungen	2,15	Dezentralisierung des Vollzugs	Das Bundesrecht wird gelockert und kommunalen Behörden vor Ort wird bei Standort- und Baufragen mehr Beurteilungsspielraum zugestanden.
12	24.024	Bundesgesetz über die Besteuerung der Telearbeit im internationalen Verhältnis	2,15	Harmonisierung und fiskalische Kooperation	Die Vorlage schafft bundesrechtliche Grundlagen für die Besteuerung grenzüberschreitender Telearbeit und berührt damit auch die kantonale Steuerpraxis und die Verteilung von Steueraufkommen.
13	24.071	Bundesgesetz über das Verbot der Hamas sowie verwandter Organisationen	2,15	Zentralisierung der Sicherheitsssteuerung	Ein einheitliches Bundesgesetz schafft einen nationalen Verbots- und Strafrahmen; kantonale Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden sind am Vollzug beteiligt.
14	23.084	Arbeitslosenversicherungsgesetz: Teilrevision	1,70	Zentraler Steuerungsrahmen bei kantonalem Vollzug	Die Vorlage verändert die Entschädigung und Steuerung der Arbeitslosenkassen. Jeder Kanton betreibt weiterhin eine eigene Arbeitslosenkasse, weshalb die Organisationswirkung föderal relevant, die Zuständigkeitsänderung aber begrenzt ist.
15	23.067	Erwerbsersatzgesetz: Digitalisierung der Erwerbsersatzordnung	1,55	Zentralisierung der digitalen Abwicklung	Ein zentrales Portal ersetzt papierbasierte Verfahren. Die Vorlage standardisiert damit Abläufe, ohne die föderale Kompetenzordnung im Sozialversicherungsvollzug grundlegend neu zu ordnen.
16	23.057	Zivilgesetzbuch und internationales Privatrecht: Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten	1,30	Bundesweite Harmonisierung	Einheitliche zivil- und internationalprivatrechtliche Regeln stärken den nationalen Schutzstandard; ein eigenständiger Umbau kantonaler Zuständigkeiten ist jedoch nicht ausgewiesen.
17	22.071	Strafgesetzbuch und Jugendstrafgesetz: Änderung	1,15	Zentraler Rechtsrahmen bei kantonalem Vollzug	Die Vorlage vereinheitlicht Straf- und Verwahrungsregeln auf Bundesebene. Die praktische Umsetzung im Strafvollzug bleibt jedoch weitgehend auf kantonale Einrichtungen und Behörden angewiesen.

18	23.021	Strassentransportunternehmergesetz: Lizenzpflicht für grenzüberschreitende Kleintransporte	0,95	Bundesrechtliche Harmonisierung	Eine zusätzliche nationale Lizenzpflicht vereinheitlicht den Marktzugang; die Wirkung auf die vertikale Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen bleibt begrenzt.
19	23.077	Doppelbesteuerungsabkommen mit Slowenien: Änderungsprotokoll	0,75	Harmonisierung	Die Vorlage beeinflusst die Anwendung des Steuerrechts, enthält aber keine wesentliche neue Zuständigkeits- oder Finanzierungsordnung zwischen Bund und Kantonen.
20	21.503	Anpassung der Rechtsgrundlagen zur Budgetberatung	0,55	Zentraler parlamentarischer Finanzprozess	Die Vorlage verändert die parlamentarische Budgetberatung und die Mitwirkungsrechte der Finanzkommissionen. Die Auswirkungen betreffen primär die Bundesebene, nicht die kantonale Kompetenzordnung.
21	22.084	Bundesgesetz über die Entwicklungsfinanzierungsgesellschaft SIFEM	0,45	Zentraler Bundesvollzug	Die Vorlage schafft eine gesetzliche Grundlage für eine vollständig im Eigentum des Bundes stehende Entwicklungsgesellschaft. Ein kantonaler Vollzug oder eine neue Bund-Kantons-Beziehung ist nicht ausgewiesen.
22	22.078	Patentgesetz: Teilrevision	0,15	Keine nennenswerte föderale Verschiebung	Die Vorlage betrifft das Verfahren beim Eidgenössischen Institut für Geistiges Eigentum und beim Bundespatentgericht; kantonale Zuständigkeiten werden kaum berührt.
23	22.066	Obligationenrecht: Verbesserung des Schutzes bei Baumängeln	0,15	Keine nennenswerte föderale Verschiebung	Die Vorlage verändert zivilrechtliche Ansprüche und Fristen, nicht aber die Aufgaben- oder Finanzierungsbeziehungen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden.

4.3 Detailprofil der fünf Spitzenreiter

4.3.1 23.073: nationale Infrastruktur, kantonale Anschlussfähigkeit

23.073 erreicht den höchsten Wert, weil mehrere Dimensionen gleichzeitig betroffen sind:

- Der Bund gibt eine staatliche E-ID heraus.
- Er betreibt die dafür notwendige Vertrauensinfrastruktur.
- Die Infrastruktur kann auch von Kantonen und Privaten für digitale Nachweise genutzt werden.
- Bund und Kantone müssen ihre Digitalisierungsprojekte koordinieren.
- Die Vorlage standardisiert damit nicht nur ein einzelnes Verwaltungsverfahren, sondern schafft eine Infrastruktur, auf der unterschiedliche staatliche Ebenen aufbauen können.

Die Vorlage ist daher **zentralisierend auf der Infrastrukturebene**, aber **kooperativ auf der Nutzungsebene**. Sie ist kein reiner Entzug kantonaler Zuständigkeiten.

4.3.2 23.030: kooperativer Föderalismus mit finanzieller Bundesbeteiligung

23.030 erhält hohe Werte bei Zuständigkeitsbezug, Finanzierung, Vollzug und Kooperation. Das parlamentarische Dossier hält ausdrücklich fest, dass die bewährte Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen beibehalten werden soll. Föderalismusrelevant ist die Vorlage deshalb nicht primär wegen einer Kompetenzverschiebung, sondern wegen:

- des einheitlichen integralen Risikomanagements,
- der gemeinsamen Verantwortung für Naturgefahren,
- der stärkeren finanziellen Beteiligung des Bundes,
- der Einbindung verschiedener staatlicher und privater Akteure in die Risikoplanung.

Sie ist das klarste Beispiel für **kooperativen statt hierarchischen Föderalismus** in der Liste.

4.3.3 24.048: befristete Zuständigkeitsordnung bei den Sirenen

24.048 ist ein Sonderfall. Die Vorlage verlängert nicht einfach den Status quo, sondern verschiebt die endgültige Zuständigkeitsentscheidung:

- Seit 2021 liegt die Zuständigkeit einschliesslich Finanzierung grundsätzlich beim Bund.
- Die Kantone übernehmen Betrieb und Unterhalt während der Übergangsfrist.
- Diese Übergangsfrist wird um vier Jahre verlängert.
- Die Kantone erhalten dafür höhere Entschädigungen.
- Bund und Kantone erhalten Zeit, eine spätere definitive Lösung neu zu prüfen.

Die hohe Bewertung entsteht somit aus der **unmittelbaren Zuständigkeits- und Finanzierungsrelevanz**. Die Vorlage ist gleichzeitig nur eine Übergangsregelung; deshalb sollte sie nicht mit einer dauerhaft abgeschlossenen Kompetenzneuordnung gleichgesetzt werden.

4.3.4 23.050: Harmonisierung ohne vollständige Zentralisierung

23.050 verpflichtet alle Kantone zu einem vollständigen Lastenausgleich zwischen den Familienausgleichskassen. Die Vorlage greift damit in einen Bereich ein, der weiterhin von kantonalen Familienzulagengesetzen und kantonalen Aufsichts- und Organisationsstrukturen geprägt ist.

Der föderale Charakter liegt in der Kombination aus:

- einem schweizweit verbindlichen Mindestmechanismus,
- kantonaler Organisation der Familienausgleichskassen,
- kantonaler Aufsicht,
- kantonalen Finanzierungsregeln,
- der Möglichkeit, höhere Zulagen oder zusätzliche Geburts- und Adoptionszulagen vorzusehen.

Die Vorlage ist daher **stark föderalismusrelevant**, aber nicht schlicht als Zentralisierung zu klassifizieren.

4.3.5 23.063: gemeinsame Verantwortung im öffentlichen Verkehr

23.063 verbindet Bundes- und Kantonsaufgaben besonders eng. Der Regionalverkehr wird von Bund und Kantonen gemeinsam bestellt. Gleichzeitig gelten unterschiedliche Finanzierungsregeln:

- Der Bund finanziert beziehungsweise steuert zentrale Infrastrukturaufgaben.
- Bund und Kantone bestellen gemeinsam den Regionalverkehr.

- Ortsverkehr und bestimmte Angebote ohne Erschliessungsfunktion werden von Kantonen oder Gemeinden finanziert.
- Der Fernverkehr muss eigenwirtschaftlich betrieben werden.

Die föderale Wirkung entsteht damit weniger durch eine einzelne Zuständigkeitsübertragung als durch die **dauerhafte gegenseitige Abhängigkeit bei Bestellung, Finanzierung und Planung.**

4.4 Ergebnisse nach Wirkungsrichtung

4.4.1 Überwiegend kooperativ

- 23.030
- 23.063
- 23.055
- 24.048
- 23.048

Diese Vorlagen verknüpfen Bundes- und Kantonsaufgaben, insbesondere bei Infrastruktur, Finanzierung, Versorgung und Naturgefahren.

4.4.2 Überwiegend harmonisierend

- 23.050
- 22.061
- 22.085
- 23.057
- 23.021
- 23.077
- 24.024

Hier setzt der Bund einen einheitlicheren rechtlichen Rahmen, ohne kantonale Organisation und Vollzug vollständig zu ersetzen.

4.4.3 Überwiegend zentralisierend

- 23.073
- 24.071
- 23.067
- 22.071
- 24.016

Diese Vorlagen stärken entweder Bundesinfrastrukturen, nationale Rechtsrahmen oder zentrale Steuerungs- und Finanzierungsmechanismen.

4.4.4 Überwiegend dezentralisierend

- 20.456

20.456 ist die einzige Vorlage der Liste, deren föderale Hauptwirkung im vorgeschlagenen Schema klar in Richtung **grössere lokale Entscheidungsspielräume** geht. Die Lockerung bundesrechtlicher Vorgaben macht die Beurteilung vor Ort durch kommunale Behörden wichtiger.

4.5 Schlussfolgerung

Die Rangliste zeigt, dass die föderalismusrelevantesten Vorlagen nicht zwingend jene mit der stärksten politischen Kontroverse oder dem grössten finanziellen Volumen sind. Entscheidend ist, ob eine Vorlage:

1. Zuständigkeiten zwischen staatlichen Ebenen neu ordnet,
2. dauerhafte Finanzierungsbeziehungen schafft,
3. kantonale Vollzugsorganisationen verändert,
4. kantonale Regelungsautonomie vereinheitlicht oder erweitert,
5. oder eine gemeinsame Aufgabenerfüllung institutionalisiert.

Nach diesem Massstab bilden **23.073**, **23.030**, **24.048**, **23.050** und **23.063** die zentrale föderalistische Vergleichsgruppe. Sie repräsentieren zugleich fünf unterschiedliche Modelle: nationale Infrastruktur, kooperatives Risikomanagement, befristete Zuständigkeitsregelung, kantonal eingebettete Harmonisierung und gemeinsame Verkehrsfinanzierung.

4.6 Quellen

- 23.073: Botschaft: Bundesgesetz über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise - **https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230073**
- 23.030: Botschaft: Bundesgesetz über den Wasserbau - **https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230030**
- 24.048: Verlängerung und Änderung der Übergangsfrist nach Art. 99 Abs. 1 BZG - **https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20240048**
- 23.050: Botschaft: Familienzulagengesetz. Änderung (Einführung eines vollen Lastenausgleichs) - **https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230050**
- 23.063: Botschaft: Bundesgesetz über die Schweizerischen Bundesbahnen (SBBG). Änderung - **https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230063**
- 23.055: Botschaft: Stand und Änderungen bei Ausbauprogrammen der Bahninfrastruktur und neue Langfriststrategie «Perspektive Bahn 2050» - **https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230055**
- 24.016: Bundesgesetz über die Massnahmen zur Entlastung des Haushaltes ab 2025 - **https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20240016**
- 23.048: Botschaft: Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Änderung (Datenaustausch, Risikoausgleich) - **https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230048**
- 22.061: Botschaft: CO2-Gesetz für die Zeit nach 2024. Revision - **https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220061**
- 22.085: Botschaft: Umweltschutzgesetz. Änderung - **https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220085**
- 20.456: Unnötige und schädliche Beschränkungen des Zweitwohnungsgesetzes in Sachen Abbruch und Wiederaufbau von altrechtlichen Wohnungen aufheben - **https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20200456**
- 24.024: Bundesgesetz über die Besteuerung der Telearbeit im internationalen Verhältnis - **https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20240024**
- 24.071: Bundesgesetz über das Verbot der Hamas sowie verwandter Organisationen - **https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20240071**
- 23.084: Botschaft: Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIG). Teilrevision - **https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230084**
- 23.067: Botschaft: Erwerbsersatzgesetz (Digitalisierung in der Erwerbsersatzordnung). Änderung - **https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230067**

- 23.057: Botschaft: ZGB. Änderung (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten) - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230057
- 22.071: Botschaft: Strafgesetzbuch und Jugendstrafgesetz. Änderung - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220071
- 23.021: Botschaft: Bundesgesetz über die Zulassung als Strassentransportunternehmen (STUG). Änderung - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230021
- 23.077: Botschaft: Abkommen zwischen der Schweiz und Slowenien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen. Protokoll zur Änderung - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230077
- 21.503: Rechtsgrundlagen zur Budgetberatung. Änderungsbedarf - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20210503
- 22.084: Botschaft: Bundesgesetz über die Entwicklungsfinanzierungsgesellschaft SIFEM - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220084
- 22.078: Botschaft: Patentgesetz. Änderung - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220078
- 22.066: Botschaft: Obligationenrecht (Baumängel). Änderung - https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220066